Inhalt

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen	13
Vorwort	17
1 Bedeutung, Begriff und Funktionen von Wahlen.....	23
1.1 Wahlbegriffe	25
1.2 Bedeutung von Wahlen.....	27
1.2.1 Wahlen in pluralistischen Demokratien	27
1.2.2 Wahlen in nicht-kompetitiven Systemen.....	30
1.2.3 Wahlen in autoritären Systemen.....	30
1.3 Funktionen von Wahlen	34
1.3.1 Funktionen kompetitiver Wahlen.....	34
1.3.2 Funktionen nicht-kompetitiver Wahlen.....	36
1.3.3 Funktionen semi-kompetitiver Wahlen	37
1.4 Wahlen in Übergangsperioden.....	38
2 Wahlrecht. Voraussetzungen, Verlauf und Folgen der Ausbreitung des demokratischen Wahlrechts	41
2.1 Wahlrecht und Demokratisierung	41
2.2 Wahlrechtsgrundsätze	43
2.3 Wahlhandlung und Ergebnisermittlung.....	46
2.4 Der Prozess der Durchsetzung eines demokratischen Wahlrechts	47
2.5 Ursachen und Konsequenzen der Wahlrechtsausbreitung.....	55
2.6 Wahlen und Demokratieentwicklung.....	60

3	Wahlsysteme und Parteiensysteme: Eine problemorientierte Einführung	67
3.1	Grundlegende Begriffe.....	67
3.2	Wahlsysteme: Grundfragen und Forschungsansätze.....	68
3.2.1	Wie bedeutend sind Wahlsysteme?.....	69
3.2.2	In welche Richtung wirken Wahlsysteme?	72
3.2.3	Wie sind die Auswirkungen von Wahlsystemen zu bewerten?	74
3.2.4	Forschungsansätze.....	75
3.3	Parteiensysteme.....	79
3.3.1	Begriff und Bedeutung.....	80
3.3.2	Forschungsansätze und Typologien	80
3.3.3	Bewertungen	86
3.4	Die vergleichende Analyse von Wahlsystemen: Zu Aufgaben allgemein und Ansatz der Schrift	88
4	Wahlssystematik I: Technische Elemente von Wahlsystemen.....	91
4.1	Die Wahlkreiseinteilung	93
4.1.1	Gleiche oder ungleiche Repräsentation	94
4.1.2	Gerrymandering	96
4.1.3	Wahlkreisgröße und Proporzeffekt	99
4.1.4	Ebenen der Wahlkreiseinteilung	105
4.1.5	Regionale Verteilung der Wahlkreisgrößen	106
4.1.6	Wahlkreisgröße und das Verhältnis zwischen Wählern und Abgeordneten	109
4.2	Wahlbewerbung	110
4.2.1	Listenformen	110
4.2.2	Listenverbindung	113
4.3	Stimmgebung	115
4.4	Bewertung der verschiedenen Formen von Wahlbewerbung und Stimmgebung	117
4.5	Stimmenverrechnung	119
4.5.1	Sperrklauseln.....	120
4.5.2	Entscheidungsregeln	122
4.5.3	Höchstzahlverfahren	123
4.5.4	Wahlzahlverfahren	126
4.5.5	Hare/Niemeyer und Sainte-Laguë/Schepers.....	130
4.5.6	Ebenen der Stimmenverrechnung	133

4.6	Zusammenfassung und Schlussfolgerungen für die Analyse von Wahlsystemen und ihrer Auswirkungen	137
5	Wahlssystematik II: Mehrheitswahl und Verhältniswahl. Klassifikation und Bewertung von Wahlsystemen.....	141
5.1	Definitions- und Klassifikationsprobleme.....	141
5.2	Über Entscheidungsregeln und Repräsentationsprinzipien	151
5.3	Was ist Mehrheitswahl, was Verhältniswahl?.....	154
5.4	Über die politischen Auswirkungen der Entscheidungsregeln	158
5.4.1	Politische Auswirkungen der Mehrheitsregel.....	158
5.4.2	Politische Auswirkungen der Proporzregel	158
5.4.3	Die politischen Auswirkungen von Mehrheit und Proporz als Entscheidungsregeln im Vergleich.....	160
5.5	Die Repräsentationsprinzipien Mehrheitswahl und Verhältniswahl und ihre unmittelbare Auswirkungen.....	164
5.6	Die politischen Auswirkungen von Mehrheitswahl und Verhältniswahl im Vergleich	165
5.6.1	Die Vorzüge von Mehrheitswahl und Verhältniswahl nach dem normativen Ansatz.....	167
5.6.2	Vorzüge und Nachteile von Mehrheitswahl und Verhältniswahl nach dem historisch-empirischen Ansatz	169
5.6.3	Begrenzungen des Mehrheits- und des Proporzprinzips	171
5.6.4	Folgerungen für Bewertung und Analyse von Wahlsystemen	184
5.7	Bewertungskriterien von Wahlsystemen.....	187
6	Wahlssystematik III: Wahlssystemtypen, Auswirkungen und vergleichende Bewertung	195
6.1	Eine Typologie der Wahlsysteme	200
6.2	Wahlssystemtypen und Proportionalität	215
6.3	Verhältniswahltypen und politische Auswirkungen.....	219
6.4	Kombinierte Wahlsysteme. Struktur und Effekte	221
6.5	Wahlssystemtypen und mehrdimensionale Funktionen.....	224
6.6	Ein binärer Vergleich von Wahlssystemtypen am Beispiel Neuseelands	230

7	Die Wahlsysteme im intraregionalen Vergleich	233
7.1	Wahlsysteme in westlichen Industrieländern	234
7.1.1	Mehrheitswahlsysteme	235
7.1.2	Verhältniswahlsysteme	236
7.1.3	Wahlreformen und Reformdebatten	245
7.2	Wahlsysteme in Mittel- und Osteuropa	260
7.2.1	Absolute Mehrheitswahl	261
7.2.2	Verhältniswahl in Wahlkreisen variabler Größe	262
7.2.3	Kombinierte Wahlsysteme	271
7.2.4	Kritik und Reform	273
7.3	Wahlsysteme in Lateinamerika	280
7.3.1	Präsidentialismus, Wahlsysteme und Parteiensysteme	280
7.3.2	Zweierwahlkreissystem und segmentiertes Wahlsystem	283
7.3.3	Verhältniswahlsysteme	284
7.3.4	Parteiensysteme	288
7.3.5	Reformdebatte	291
7.4	Wahlsysteme in Afrika	299
7.5	Wahlsysteme im arabisch-islamischen Raum	309
7.6	Wahlsysteme in Asien	314
8	Die Wahlsysteme einzelner Länder	323
8.1	Zur Bedeutung der Einzelanalyse von Wahlsystemen	323
8.2	Großbritannien (Relative Mehrheitswahl)	328
8.2.1	Wahlkreiseinteilung	329
8.2.2	Die Wahlrechtsausbreitung und ihre politischen Folgen	332
8.2.3	Die Ablösung der Liberalen durch Labour und die Herausbildung eines Zweiparteiensystems	336
8.2.4	Parteienwettbewerb im Zweiparteiensystem	341
8.2.5	Das Aufbrechen des Zweiparteiensystems und seine Folgen	342
8.2.6	Reformdebatte und -perspektiven	346
8.3	Frankreich (Absolute Mehrheitswahl)	350
8.3.1	Die absolute Mehrheitswahl unter der III. Republik	350
8.3.2	Das Wahlsystem – Formel zur Macht	353
8.3.3	Die absolute Mehrheitswahl unter der V. Republik	356

8.3.4	Die Wahlreformen von 1985 und 1986: Aufweichung des bipolaren Parteiensystems?	361
8.3.5	Reformideen und Kontingenzen.....	370
8.4	Weimarer Republik (Reine Verhältniswahl).....	372
8.4.1	Reine Verhältniswahl nach der automatischen Methode	373
8.4.2	Die Auswirkungen der reinen Verhältniswahl	373
8.4.3	Zur These von der Schuld der Verhältniswahl am Zusammenbruch der Weimarer Republik	376
8.5	Bundesrepublik Deutschland (Personalisierte Verhältniswahl).....	377
8.5.1	Die personalisierte Verhältniswahl und die Wahlreformen 1949-2013	378
8.5.2	Die Entwicklung des Parteiensystems und der Faktor Wahlsystem.....	383
8.5.3	Sperrklausel.....	390
8.5.4	Die Zweistimmen-Konstruktion.....	391
8.5.5	Überhangmandate	397
8.5.6	Zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	401
8.5.7	Zur Bewährung und Bewertung der personalisierten Verhältniswahl	406
8.5.8	Zur Klassifikation des Wahlsystems der Bundesrepublik	407
8.5.9	Reformdebatte und Reforminitiativen.....	410
8.6	Spanien (Verhältniswahl in Wahlkreisen unterschiedlicher Größe).....	416
8.6.1	Das Wahlsystem.....	417
8.6.2	Die Auswirkungen der Verhältniswahl in Wahlkreisen unterschiedlicher Größe	418
8.6.3	Bewertung des Wahlsystems und Reform.....	421
8.7	Irland (Single Transferable Vote)	428
8.7.1	Stimmgebung und Stimmenverwertung	428
8.7.2	Die Auswirkungen der Wahlkreiseinteilung	430
8.7.3	Die Auswirkungen des Stimmgebungsverfahrens infolge von Wahlabsprachen.....	433
8.7.4	Reforminitiativen	437
8.8	Russland (segmentiertes Wahlsystem).....	438
8.8.1	Genese des Wahlsystems	438
8.8.2	Die Struktur des Wahlsystems	439
8.8.3	Die Auswirkungen des Wahlsystems	441

8.8.4	Reformdebatte	447
8.9	Ungarn (Kompensatorisches Wahlsystem)	448
8.9.1	Genese des Wahlsystems	449
8.9.2	Die Struktur des kompensatorischen Wahlsystems.....	451
8.9.3	Die Auswirkungen des ungarischen Wahlsystems	452
8.9.4	Bewertung des ungarischen Wahlsystems.....	457
9	Das Wahlrecht zum Europäischen Parlament (Polymorphe Verhältniswahl)	459
9.1	Die gemeinschaftlichen Rechtsgrundlagen	459
9.2	Vergebliche Versuche der Vereinheitlichung	462
9.3	Das engere Wahlrecht	464
9.4	Die nationalen Wahlsysteme zum Europäischen Parlament	467
9.5	Perspektivenwechsel im Umgang mit Diversität	470
9.6	Polymorphe Verhältniswahl als supranationales Wahlsystem.....	474
10	Wahlsysteme und Parteiensysteme.....	479
10.1	Demokratietheorie und Wahlsystemoption	481
10.1.1	Leistungsprofile von Wahlsystemen	486
10.1.2	Wahlsysteme und Wahlbeteiligung.....	489
10.2	Wahlsystem und Parteiensystem.....	492
10.2.1	Wahlsysteme und Mehrheitsbildung.....	495
10.2.2	Wahlsysteme und Regierungswechsel	501
10.2.3	Wahlsysteme und Proportionalität	507
10.3	Gesetzmäßige Auswirkungen von Wahlsystemen	509
10.3.1	Duvergers „soziologische Gesetze“	510
10.3.2	Raes statistisch-empirische Bestätigung von Duverger	512
10.3.3	Sartoris Neuformulierung der Duverger’schen Gesetze	513
10.4	Kontextbezogene Thesen zu den Auswirkungen von Wahlsystemen.....	518
10.5	Wahlsysteme und Kontext	521
10.6	Wahlsysteme als abhängige Variable.....	532
10.7	Genese und Reform von Wahlsystemen	534
10.8	Wahlsystemfrage und Politikberatung	539

Literaturverzeichnis.....	545
Glossar.....	585
Personen- und Sachregister.....	601

1 Bedeutung, Begriff und Funktionen von Wahlen

In der modernen Staatenwelt gibt es kaum eine Erscheinung, die so weit verbreitet ist wie das Wählen. Aber es gibt zugleich wohl kaum eine andere politische Erscheinung, deren reale Bedeutung so unterschiedlich sein kann.

Allgemein wird mit Wahlen die Vorstellung einer demokratischen Entscheidung verbunden. Diesem Verständnis entspricht die folgende Definition: Die Wahl ist die *demokratische* Methode der Bestellung von Personen in Vertretungsorgane oder Führungspositionen. Sie wird als Methode besonders in solchen Bereichen des öffentlichen Lebens hoch geschätzt, in denen die unmittelbare Beteiligung der Menschen an der Beratung und Herbeiführung von Entscheidungen nicht möglich ist und demokratische Anforderungen an das Vertretungs- oder Führungspersonal gestellt werden. Dies ist zweifellos in großflächigen Staatsgebilden der Fall, für welche die Wahl als die demokratische Methode schlechthin gilt: Die Wahl „may well be the best possible approximation to popular control of government that can be achieved in modern, industrialized, mobile mass society“ (Milbrath 1972: 154).

Wenn nun aber die Wahl die demokratische Methode der Herrschaftsbestellung ist, wie kommt es dann, dass in allen möglichen Ländern gewählt wird, auch dort, wo keine Demokratie existiert, d.h., ihre Anwendung keine demokratische Lösung verheißt? Die Antwort lautet: Die Wahl ist eine *Technik*, eine Körperschaft zu bilden oder eine Person mit einer Führungsposition zu betrauen. Dieser Satz besagt, dass die Wahl statt anderer Techniken (Bestellung von Vertretern kraft Erbfolge, kraft Amtes, kraft Ernennung) angewandt werden kann, ohne einen demokratischen Inhalt zu haben. Als Technik beschränken sich Wahlen nicht nur auf Demokratien.

So wurde in den heutigen Demokratien bereits gewählt, als sich ein allgemeines Wahlrecht noch längst nicht durchgesetzt hatte. In ihrem Verständnis als demokratische Methode zur Bestellung repräsentativer Organe setzt die Wahl freilich die Existenz des allgemeinen Wahlrechts voraus. Nur dann ergibt sich im Definitivischen der Zusammenhang von Wahl und Herrschaftsform. Die Anwendung der Wahl nur als Technik konnte hingegen der Herausbildung moderner Demokratien weit vorausseilen.

So wurde und wird in politischen Systemen gewählt, die zwar das allgemeine Wahlrecht praktizieren, aber trotzdem nicht als Demokratien gelten, da die Demokratie neben dem allgemeinen Wahlrecht eine zweite Komponente kennt. Es ist die liberale Komponente, die ideengeschichtlich ursprünglich im Widerstreit mit der demokratischen gestanden hat, vom 19. auf das 20. Jahrhundert jedoch zu einer vitalen Verbindung mit ihr fand. Unter dieser Komponente ist in verfassungsrechtlicher Hinsicht die Gewährleistung von Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zu verstehen, in verfassungspolitischer Hinsicht der Pluralismus in Wettbewerb um die politische Mandate und Führungspositionen stehender politischer Parteien. Die Existenz dieser liberalen Rechte ist unabdingbar für die Anerkennung der unter Anwendung der demokratischen Methode zustande gekommenen politischen Machtverhältnisse als demokratisch legitim (wie andererseits nur die Demokratie in der Lage ist, die Freiheitsrechte voll zu gewährleisten; vgl. dazu Bobbio 1985; Held 1997).

Solche Wahlen ohne liberale Elemente fanden

- in den Ländern des ehemaligen Ostblocks statt, in denen die Herrschaft einer Partei in den Verfassungen festgeschrieben war. Mit exakter Regelmäßigkeit wurden bis 1989 in der UdSSR, Ungarn, Rumänien etc. mittels Wahlen die Vertretungsorgane erneuert, ohne dass damit liberal-demokratische Inhalte verbunden waren;
- solche Wahlen mit allenfalls geringen liberalen Elementen finden in autoritär regierten Ländern statt, in denen die Regierungsausübung durch die herrschende Gruppe nicht in Frage gestellt wird. Beispiele dafür sind das Portugal Salazars, das Paraguay Stroessners, das autoritäre System Mexikos bis in die 1980er Jahre oder das der Philippinen unter Marcos, das Mili-

tärregime Brasiliens bis Mitte der 1980er Jahre, der Irak des Diktators Saddam Hussein etc.

Aus der Anwendung von Wahlen in liberal-demokratischen, autoritären und totalitären politischen Systemen lässt sich folgern:

1. Der Begriff der Wahl variiert nach den politischen Systemen.
2. Die Bedeutung von Wahlen ist in verschiedenen politischen Systemen nicht die gleiche.
3. Die Funktionen von Wahlen sind je nach den politischen Systemen verschieden.

1.1 Wahlbegriffe

Wahlen in verschiedenen politischen Systemen sind bereits dem Begriff nach voneinander zu unterscheiden. Es macht einen kategorialen Unterschied, ob der Wähler zwischen mehreren Parteien auswählen und seine Entscheidung frei treffen kann, oder ob er seine Stimme nur einer einzigen Partei geben kann, da keine andere zur Kandidatur zugelassen ist.

Soll der Wähler im eigentlichen Sinne wählen können, so muss er Auswahlmöglichkeiten und Wahlfreiheit besitzen. Nur wer als Wähler oder Wählerin eine Auswahl zwischen zumindest zwei Angeboten hat, kann wählen. Und er muss zwischen den Angeboten frei entscheiden können, sonst hätte er nicht die Wahl. Auswahlmöglichkeit und Wahlfreiheit dürfen aber nicht nur auf dem Papier stehen. Sie müssen rechtlich gesichert sein. Wir bezeichnen Wahlen, für die diese Voraussetzungen gelten, als *kompetitive Wahlen*.

Wird Wählern und Wählerinnen Auswahl und Wahlfreiheit prinzipiell verwehrt, sprechen wir von *nicht-kompetitiven Wahlen*. Bestehen Beschränkungen verschiedener Art, welche die Auswahl und die Wahlfreiheit begrenzen, ohne sie gänzlich aufzuheben, nennen wir solche Wahlen *semi-kompetitive Wahlen*.

Kompetitive Wahlen in liberal-demokratischen Verfassungsstaaten richten sich an verschiedenen formalisierten Prinzipien (Verfahren) aus, deren Gewährleistung die wesentliche Voraussetzung für die Anerkennung der durch Wahlen herbeigeführten Per-

sonal- und Sachentscheide von Seiten der an diese gebundenen Wähler und Wählerinnen darstellt. Zu diesen Legitimation einbringenden Prinzipien, die zugleich normative Bedeutung für die liberal-pluralistische Demokratie genießen, gehören: 1. der Wahlvorschlag, der einerseits der Wahl gleichen Maßstäben unterliegt (Freiheit der Wahlbewerbung), der andererseits die Auswahlentscheidung der Wählerschaft nicht ersetzen kann; 2. der Wettbewerb der Kandidaten, der sich mit einer Konkurrenz zwischen politischen Positionen und Programmen verbindet; 3. die Chancengleichheit im Bereich der Wahlbewerbung (Kandidatur und Wahlkampf); 4. die Wahlfreiheit, die durch die geheime Stimmabgabe gesichert wird; 5. das Wahlsystem (Regeln der Stimmabgabe und der Umsetzung von Wählerstimmen in Mandate), das keine politisch anstößigen oder Demokratie gefährdenden Wahlergebnisse hervorbringen darf (etwa übergroße Mehrheiten); 6. die Wahlentscheidung auf Zeit, für eine Wahlperiode. Auswahl und Wahlfreiheit werden bei künftigen Wahlen nicht durch die früher getroffene Entscheidung eingeschränkt.

Bei diesem Kanon handelt es sich um normative Merkmale einer liberal-pluralistischen Demokratiekonzeption, denen die Wirklichkeit nicht unbedingt vollends entspricht, an denen sie jedoch zu messen ist. Es ist zu fragen, ob etwa der Konkurrenzcharakter von Wahlen in bürgerlichen Demokratien und die reale Chancengleichheit in Wettbewerb stehender politischer Grundpositionen diesen Postulaten gerecht werden. Angesichts der Parteien- und Wahlwirklichkeit in repräsentativen Demokratien wäre es nicht gut, die Augen vor dem empirischen Befund eines begrenzten Pluralismus, vermachteter Interessengruppen, reduzierter Öffentlichkeit, eines eingeschränkten politischen und sozialen Gehalts formalisierter kompetitiver Wahlen etc. zu verschließen. Es wäre jedoch ebenso verfehlt, angesichts dieser kritischen Befunde die kategoriale Differenz zwischen kompetitiven Wahlen in westlichen Demokratien und nicht-kompetitiven Wahlen in diktatorischen Systemen, in denen die politische Macht nicht zur Disposition steht, aus dem Blick zu verlieren.

Mit der Unterscheidung der Wahlen nach dem Grad des Wettbewerbs, den sie zulassen, besitzen wir eine Möglichkeit, von den

Wahlen her Rückschlüsse auf die Struktur eines politischen Systems zu ziehen. Wir können grob die folgende Zuordnung treffen:

- kompetitive Wahlen – liberal-demokratische Systeme
- semi-kompetitive Wahlen – autoritäre Systeme
- nicht-kompetitive Wahlen – totalitäre Systeme.

Mit dieser Unterscheidung systematisieren wir im Grunde nicht mehr als das, was den autoritärer oder totalitärer Herrschaft Unterworfenen in den verschiedensten historischen Zusammenhängen immer wieder gegenwärtig war und ist: dass die Systemdifferenz sich im Wahltypus manifestiert und der Systemsprung durch dessen Wechsel herbeigeführt werden kann. In Diktaturen forderten und fordern die Menschen nicht einfach Wahlen, sondern *freie* Wahlen (dazu D. Sternberger 1962). Diktatoriale Verhältnisse werden mit kompetitiven Wahlen, in denen die liberale Komponente gleichberechtigt neben die demokratische tritt, aufgebrochen. *Vice versa* gilt, das die Etablierung autokratischer Verhältnisse mit der Einschränkung des kompetitiven Gehalts von Wahlen einhergeht, wenn deren Abhaltung nicht ohnehin gänzlich unterbunden wird.

1.2 Bedeutung von Wahlen

Welche Bedeutung haben Wahlen in unterschiedlichen politischen Systemen?

1.2.1 Wahlen in pluralistischen Demokratien

Wahlen bilden die Grundlage des liberalen Demokratieverständnisses. Ihm zufolge hat die politische Führung eines Landes aus Wahlen hervorzugehen. Dieses Verständnis lebt von dem engen definitorischen Zusammenhang von Wahlen und Demokratie: ohne Wahlen, ohne den offenen Wettbewerb gesellschaftlicher Kräfte und politischer Gruppen um die politische Macht, keine Demokratie. Kompetitive Wahlen bilden „the distinctive feature of democracy and the one which allows us to distinguish the democracy from other political methods“ (Verba/Nie/Kim 1978: 4). Insbesondere im institutionell-prozeduralen Konzept der Demokratie